

Koexistenz und Demokratie

In unseren Tagen, da Politik und Gesellschaft unüberschaubare, viel verästelte Wesen geworden sind, kommt der eigentliche Politiker immer mehr ins Hintertreffen. Der Fachmann ist es, der alle Trümpfe in der Hand hält — im Parlament und in seinen Ausschüssen, in den Ministerien und in der Diplomatie. Ohne den Rat des Experten kommt überhaupt niemand mehr zurecht. Der alte Diplomatenpruch, wonach der Teufel im Detail stecke, müßte darum ergänzt werden. Die Wirrnis beginnt nicht mehr nur bei den technischen Einzelheiten von Gesetzesentwürfen, Durchführungsverordnungen und internationalen Verträgen. Kompliziert wird es regelmäßig dann, wenn die Fachleute sich an den runden Tisch setzen — nur mit den allgemeinen Direktiven der politischen Instanzen versehen. In allen diesen Fällen kommt es nur zu häufig vor, daß die politische Leitlinie, die von einer Regierung, einem Parlament oder einem Minister gezogen wurde, durch die Experten, die Manager der verschiedensten Couleur, verbogen und verunstaltet wird, so daß am Endprodukt schließlich die ursprüngliche Absicht gar nicht mehr entdeckt werden kann. So wie die Superbürokratie die Willensentscheidung der in einer Demokratie allein zu solchen Beschlüssen berechtigten Institutionen oft bremst, sie umbiegt und hin und wieder beinahe ins Gegenteil verkehrt, rafften die Experten unseres Weltraumzeitalters in Wirtschaft und Technik immer mehr Funktionen an sich und werden so zu Entscheidungsträgern. Sie gefährden, mehr noch als die staatliche Administrationsmaschinerie, die Demokratie. Der Machtmißbrauch, viel kritisiert, aber noch immer in höchster Blüte stehend, ist nicht mehr auf allzu selbstherrliche Ministerialräte und finanzstarke Industriekonzerne beschränkt. Die Experten, Managertypen in vielerlei Gewandungen, nutzen ihre günstige Position, um ihren ohnehin keineswegs bescheidenen Einfluß immer mehr auszuweiten und stets von neuem auszubauen.

Unterwanderung des Parlaments

Viel wird in unserer Republik über die Kontrolle moderner Macht geredet. Man sieht allorts, daß die Anmaßung von einflußstarken Interessenmaklern und Patent-Bürokraten mehr und mehr zu einer Unterwanderung des Parlaments führt, das doch eigentlich oberster Vollstrecker des Volkswillens zu sein hätte. Doch die grundgesetzlich garantierte Machtaufteilung ist längst eine Farce geworden. Am kräftigsten hat sich die vollziehende Gewalt herausgebildet, die keineswegs bloß „vollzieht“, sondern bereits ein nicht unerhebliches Eigengewicht erlangt hat. Ihre Hypertrophie hätte uns schon seit geraumer Zeit in Alarmzustand versetzen müssen. Aber so wie das Parlament durch das Lobbyistentum immer mehr zersetzt und von diesem abhängig wird — weil sich die Mehrheit in einer heillosen Verfilzung mit den außerparlamentarischen Einfluß-Händlern befindet — so ist die Exekutive auf die Experten angewiesen, die nicht ausschließlich in den Ministerien beheimatet zu sein brauchen. Hinzu kommt eine systematische Stimmungsmache durch eine aus dunklen Quellen gespeiste Propaganda, die wiederum die freie Bildung der Meinung kaum noch zuläßt und somit die Schaffung von Gegengewichten auf dem Wege über die eigene Urteilsfindung des Staatsbürgers ausschaltet.

Wer vermag — außer den direkt betroffenen Journalisten — schon richtig zu ermessen, welcher Kleinkrieg in den Redaktionsstuben der Bundesrepublik gegen die Beeinflussungsversuche finanzstarker Interessenverbände jeden Tag aufs neue geführt werden muß? Und wem ist es geläufig, daß durch diese Auseinandersetzung, von der die Öffentlichkeit meist nichts erfährt, das in einer Demokratie unantastbare Prinzip der Meinungs- und Pressefreiheit allmählich unterhöhlt wird? „Die Lobbyisten sind unter uns“ — so rief einmal in gerechter Empörung der Bundestagsabgeordnete Dr. *Thomas Dehler* aus, als die Parlamentarier im Bonner Plenarsaal entdeckten, daß die Interessenvertreter der Großbanken in den zuständigen Fachausschüssen ein an sich notwendiges Gesetz ganz auf die Bedürfnisse der Großbanken zurechtgeschnitten hatten. Selbst ein großer Teil unserer Abgeordneten hatte, weil der komplizierte Sachverhalt nicht jedem sofort ein Urteil erlaubte, die unsichtbare Hand der Einflußmakler in den parlamentarischen Ausschüssen übersehen. Die wenigsten Zeitungen haben diesen Skandal aufgegriffen und die Öffentlichkeit alarmiert. War das bloß ein Fehler, der aus dem Tempo der redaktionellen Arbeit resultierte, oder schwieg man, um das Wohlwollen großmächtiger Auftraggeber nicht zu gefährden?

Das ist unsere heutige Situation — und die ist schlimm genug. Sie droht aber noch schlimmer zu werden. Denn je mehr sich die Großmächte und die von ihnen geführten Machtblöcke darauf besinnen, daß wegen des Gleichgewichts des nuklearen Schreckens militärisches Kraftprotzertum und kalter Krieg keinen politischen Gewinn versprechen, um so stärker schalten sie auf eine andere Form der Auseinandersetzung zwischen den in diametralem Gegensatz stehenden Gesellschaftssystemen um. Der Kremlchef spricht von Koexistenz, die Westmächte nennen es im allgemeinen friedlichen Wettbewerb. Im Grunde meinen beide das gleiche: Die Fortführung des Titanenkampfes mit anderen Waffen. Und das können nach Lage der Dinge nur wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und propagandistisch-ideologische Mittel sein. Das drängt eine Schlußfolgerung auf, die uns trotz allem besorgt stimmen sollte: Nicht mehr die Generalstäbe hüben und drüben, die Untergrundkämpfer der verschiedensten Schattierungen, die kalten Krieger aller Gattungen und auch nicht mehr die Diplomaten sind die Träger des jetzt anhebenden Wettbewerbs. Den Managern, den Experten, kurzum den Technokraten demokratischer und totalitärer Prägung kommen Führungsaufgaben zu, die sie in die Lage versetzen, nicht nur rein fachliche Macht auszuüben. Sie werden bald politisch mitreden — und das kann den Demo-

kraten, die es ehrlich meinen, nicht gleichgültig sein. Schließen wir nicht die Augen vor den Gefahren, die daraus für unser politisches System entstehen können!

Heutige Kontrollmethoden versagen

Es war relativ leicht, sich militärisch gegen einen Despoten wie *Stalin* abzuschirmen. Doch die Sache wird unendlich komplizierter, wenn es darum geht, mit dem unberechenbaren *Nikita Chruschtschow* zu wetteifern, der einmal — vielleicht ein wenig zu großmütig — angekündigt hat, er werde die Demokratien mit Kühlschränken ins Meer werfen. Wenn die Technokratie diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zum Generalstab des wirtschaftlich-technischen „Krieges“ zwischen Ost und West wird, tritt die „vierte Kraft“, wie die Experten seit langem genannt werden, ihre Herrschaft an. Die „Revolution der Manager“, von der *Burnham* einmal in seinem früher viel diskutierten Buch sprach, könnte dann Wirklichkeit werden, unter Umständen, die uns wenig sympathisch sein dürften. Denn der anonymen Macht der Technokratie ist nicht mehr mit einer einzigen der bekannten Kontrollmethoden des parlamentarisch-demokratischen Staates beizukommen. Vermag das Parlament heute schon nicht mehr, sich wirksam gegen Exekutive, Expertokratie und Interessentenverbände durchzusetzen — gegen die nicht faßbare Masse der freiwirtschaftlichen Manager, die dann die meisten entscheidenden Kommandohöhen besetzt halten, kann es erst recht nichts ausrichten.

Ist das nicht alles überzeichnet, so wird man zweifelnd fragen. Sind nicht die Farbtöne zu kräftig gewählt? Nun, schauen wir uns an, was das Managertum in der Sowjetunion, also in einem totalitären Staat, bereits alles für sich erreicht hat, was es der schier allmächtigen Regierung im Kreml abtrotzen konnte und wie es — getreu dem alten Sprichwort, wonach der Appetit beim Essen kommt — nach immer mehr Machtfülle greift, dann werden wir vielleicht einzusehen beginnen, daß den Demokratien des Westens noch schwere Stunden bevorstehen. Was den von Kindesbeinen an ideologisch gedrillten kommunistischen Technokraten möglich war, sollte das ihren westlichen Gegenpolen nicht möglich sein?

Anspruchsvolle Sowjet-Manager

Chruschtschows Umorganisation der sowjetischen Wirtschaft hat die Stalinsche Mammut-Bürokratie zerschlagen. An Stelle der rund 40 Moskauer Superministerien, die jede Produktionszahl dekretierten und über jede Lieferung im Riesenland zwischen Minsk und Chabarowsk den letzten Spruch fällten, sind 106 Sownarchosen getreten, Volkswirtschaftsräte, die in ihrem Amtsbereich weitgehend selbständig sind und die auch dem Fabrikdirektor, dem Chefingenieur, dem Produktionsleiter und allen führenden Männern der Wirtschaft und Technik größere Handlungsfreiheit einräumen mußten. Auf diese Weise vollzog sich so etwas wie eine „geräuschlose Revolution“. Die Macht wurde dezentralisiert. So erhielten die Manager Vollmachten, die zu Stalins Zeiten sämtlich in Moskau konzentriert waren; sie wurden souveräner und damit auch bald anspruchsvoller und anmaßender. Chruschtschow braucht diese Leute für seinen ehrgeizigen Siebenjahresplan, mit dem ja nicht nur in bezug auf den Lebensstandard der Anschluß Sowjetrußlands an die moderne Industriegesellschaft hergestellt werden soll. Dieser Plan soll den Kreml in die Lage versetzen, den wirtschaftlichen Wettstreit mit dem Westen in aller Wucht zu beginnen. Es stehen dabei zur Debatte: Eine systematische Dumping-Politik, um die Exportposition der Demokratien zu unterminieren, und die Hilfsaktionen für die Entwicklungsländer, in denen die Kommunisten kommende Verbündete sehen.

Aus allen diesen Gründen sind für Chruschtschow die Manager Goldes wert. Ohne sie ist der Siebenjahresplan eine Utopie, ohne sie kann der gigantische Konkurrenz-

kampf globalen Ausmaßes nicht bestritten werden. Folglich wurden alle diese Männer zu verhätschelten Schoßkindern des Regimes. Auf sie muß auch eine diktatorische Staatsführung achten, mit ihnen kann es Chruschtschow nicht verderben. Und so läßt er sie wirtschaften. Manchmal freilich muß die Regierung dazwischenfunken, damit die neuen Herren nicht gar so übermütig werden. Sehr zurückhaltend sind sie mit ihren Forderungen nämlich nicht. Sie gehören zwar sämtlich zur Kaste der Privilegierten, sie leben gut und kennen keine materiellen Kümernisse. Aber offenbar macht der Machtrausch vor ihnen nicht Halt. Nur so ist es zu verstehen, daß sie eigene Standsvertretungen — also Verbände außerhalb der Staatsgewerkschaft — und Fachorgane fordern, die ihre Vorbilder offensichtlich in westlichen Blättern haben, in denen die wirtschaftliche Führungsschicht unserer Breiten ihre Probleme diskutiert. Sie rufen nach Selbstverwaltung und voller Entscheidungsfreiheit der Wirtschaft. Manch einer der sowjetischen Technokraten hat den ihm gewährten Spielraum weidlich ausgenutzt und so gehandelt, als gebe es so etwas ähnliches wie eine kommunistische Marktwirtschaft. Die Presse der Sowjetunion rügt deshalb in ihren Spalten gerne die Über-eifrigen, und Chruschtschow muß selbst hin und wieder Rüffel erteilen, damit die Managerbäume nicht in den sowjetischen Himmel wachsen. Trotzdem hat es den Anschein, als nehme ihre Bedeutung eher noch zu.

Probleme für den Kommunismus

Es mag sein, daß die Moskauer Staatsführung manchmal bedrückt an die Zukunft denkt. Denn beinahe sieht es so aus, als müsse der Kreml die Manager gewähren lassen — es sei denn, ihr Vormarsch werde zu einer Gefahr für das Regime in seiner jetzigen Form. Doch davon ist man wohl noch weit entfernt. Zunächst kann sich der Herrscher über rund 200 Millionen Menschen damit trösten, daß ja alle aus einem Holz geschnitzt sind, daß sie sich noch an die ideologische Richtschnur halten, soweit diese nicht wegen der Erfahrungen in der täglichen Praxis „von oben“ revidiert werden muß. Wissenschaftsbefangen wie alle Kommunisten, glauben eben auch die Manager an das, was ihnen wie ein Religionsersatz von den Ideologen dargeboten wird. Trotzdem wirft natürlich dieser sowjetische Wandlungsprozeß, der die bevorrechtigte und mit Kommandogewalt ausgestattete Schicht erheblich vergrößerte, für den Kommunismus manches Problem auf. So könnte sich eines Tages beispielsweise die Frage stellen, was wohl geschieht, wenn alle diese vorzüglich ausgebildeten Männer nicht nur wissenschaftlich und fachlich denken, sondern dazu übergehen, auch die Politik in den Kreis ihrer Überlegungen einzubeziehen. Wer erst einmal in die Funktion des Gestaltendürfens hineingewachsen ist, könnte ja immerhin in Zukunft höher geschraubte Ansprüche stellen — Ansprüche, die sich auf das fachliche Kompetenzmaß beziehen, die aber ebenso die Politik einschließen könnten.

Was immer auch am vorläufigen Ende dieser Periode der umorganisierten Wirtschaftsverwaltung in der Sowjetunion stehen wird: die ökonomische Schlacht, die Chruschtschow schlagen will, zwingt die Westmächte, sich entsprechend zu rüsten und ebenfalls die Manager wie wertvolle Elitedivisionen zu behandeln. Diese werden es in ihrem wahrscheinlich bald spürbar werdenden Streben nach Machtvollkommenheit leichter haben als ihre sowjetischen „Kollegen“. Denn jene sind schließlich einem totalen Staat und einer totalen Idee Untertan. Bei uns aber sind die Spielregeln ganz anders. So wie sich im Ringen um den höchstmöglichen Profit ein Freibeutertum aus-tobt, dem die Regierung nahezu tatenlos zusieht, wenn es sich in Form von nicht endenwollenden Preislawinen auswirkt, so würde sich auch der politische Machtkampf der Manager unter ähnlichen für sie vorteilhaften Aspekten vollziehen. Sie haben zudem wertvolle und gewichtige Bundesgenossen: Die schon wiederholt genannten Interessenvereinigungen und die eigene Unentbehrlichkeit. Chruschtschow ist auf seine

Technokraten angewiesen, die demokratischen Regierungen brauchen die ihren. Wen man dringend benötigt, dem sieht man manches nach, dem wird gegeben, wobei die trügerische Hoffnung mitspielt, einmal werde auch der Hungrigste satt sein.

Gegenkräfte mobilisieren

Wahrhaftig, es ist nicht sehr erhebend, zu wissen, daß der Machtkampf zwischen Kommunismus und Demokratie beide Seiten mit ähnlichen Waffen und Methoden auf dem Feld der Entscheidung vorfindet. Es nützt uns herzlich wenig, daß Chruschtschow dabei auch nicht ganz sorgenfrei leben kann. Wir müssen uns vielmehr Gedanken darüber machen, wie wir unsere ohnehin schon manipulierte Demokratie, unsere Staatsordnung, die sich viele Züge vom kommunistischen Gegner vorschreiben läßt und damit manches verfassungsmäßig garantierte Freiheitsrecht ziemlich geringachtet, in dieser kommenden kritischen internationalen Phase behaupten und erhalten können. Vom Grundgesetz her ist freilich an die Kommandeure im modernen Wirtschaftskampf nicht heranzukommen. Sie sind weder durch die Exekutive, die sowieso der Wirtschaft und ihren Herren weitgehend dient, noch durch die Legislative, die sich wiederum von der Regierung hat entmachten lassen (was die Schuld der Mehrheit sein dürfte), zu kontrollieren. Wenn hier überhaupt Gegenkräfte mobilisiert werden können, dann müssen wir sie in der Arbeitnehmerschaft suchen. Dies ist natürlich auch wieder ein politisches Problem, denn es ist eine Frage des politischen Interesses und der politischen Bildung. In beiden Fällen muß man zur Zeit noch weitgehend Fehlanzeige erstatten. Die allgemeine Lethargie großer Teile des deutschen Volkes, die nur am Wahltag kurz unterbrochen wird, gibt grünes Licht für die Manager aller Kategorien und hindert die Entfaltung der Gegenformationen, die nur aus bewußten, verantwortungsbereiten und wissenden Demokraten gebildet werden kann.

Aufgabe für die Gewerkschaften

Hier dürfte den Gewerkschaften eine schicksalsschwere Aufgabe zufallen. Gewiß, unsere Betriebsverfassung ist nicht gerade geeignet, die Hoffnung keimen zu lassen, daß auf dem Weg über die Mitbestimmung der Machtausdehnung des Managerwesens ein Riegel vorgeschoben werden kann. Das bestätigt andererseits nur, was bereits gesagt wurde, daß nämlich auf gesetzlicher Basis wenig auszurichten ist. Es sei denn, irgendwann fielen bei uns politische Entscheidungen, die gründlich Remedur schaffen würden. Aber wer bringt schon soviel Optimismus auf, um sich solchen Illusionen hinzugeben? Die Gewerkschaften werden auf sich selbst gestellt sein. Sie müssen versuchen, durch eine Verstärkung ihrer Bildungsarbeit jeden Gewerkschafter zu einem Hüter der Betriebsdemokratie zu machen. Seien wir doch ehrlich: Unter den über sechs Millionen DGB-Mitgliedern gibt es genügend, die die Gewerkschaft nur als einen Automaten betrachten, der für den entsprechenden Beitrag eine angemessene Lohnerhöhung liefert. Sie alle gilt es wachzurufen und fit zu machen. Schließlich steht die Bewahrung der demokratischen Rechte auf dem Spiel.

Man kann gar nicht alles exakt aufführen, was geschehen müßte, um die Drohung abzufangen, die wie ein Damoklesschwert über uns hängt. Viel wird von der Persönlichkeit eines jeden willensstarken Gewerkschafters abhängen, von seiner Wachsamkeit, seiner Überzeugungskraft, von der Qualität seiner Argumente und seiner demokratischen Standfestigkeit. Nur von diesen einzelnen aus und dann vom Betrieb her können Impulse an den gesamtwirtschaftlichen Bereich und an die gesamte Politik weitergegeben werden.

Die Kontrolle moderner Macht wird eben immer mehr zum Prüfstein der Demokratie und der Demokraten.

Zweifache Drohung

Es wird gut sein, wenn wir uns immer wieder klarmachen: Das Individuum in der westlichen Welt, der Mensch in den Demokratien, unterliegt einer doppelten Bedrohung, einer zweifachen Gefahr, die ihm einen Zwei-Fronten-Kampf abnötigt:

1. Die wirtschaftlich-technische Herausforderung aus dem Osten, auf die wir leider — es sei hier noch einmal geklagt — nicht ausreichend präpariert sind. Wir haben viel zuviel Zeit mit dem militärischen Aufrüsten verloren und darüber ganz und gar übersehen, daß der soziale Wall, die geistige Mobilisierung aller freiheitsliebenden Kräfte — allerdings nicht in suspekten Freiheits-Retter-Klubs —, die politisch-ideologische Immunisierung des Volkes und die Nutzbarmachung aller technischwissenschaftlichen Talente sträflich vernachlässigt wurden. Was ist auf diesen Gebieten noch nachzuholen! Während die Sowjets dabei sind, die letzte menschliche Reserve und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, haben wir nicht einmal richtig begonnen.

2. Weil es so ist, daß wir leichtfertig und blind Versäumnis auf Versäumnis gehäuft haben, riskieren wir, daß die Führung des Wettkampfes zwischen Ost und West in den Fabrikhallen, den Laboratorien und den Hirnen ganz in die Hände der Manager gleitet. Würden wir uns in Vorbereitung auf die Koexistenz allein der Stärkung der Volkswirtschaft verschreiben, wäre das freilich mindestens ebenso falsch und gleich verhängnisvoll wie die Einseitigkeit der militärischen Rüstung. Denn so kommt auf uns — wie dargelegt — die unauffällige, weil allmähliche „Machtübernahme“ durch die unkontrollierten und nur äußerst schwer kontrollierbaren Funktionäre der Wirtschaftswelt zu, die immer mehr Eigenständigkeit erhalten werden und das Gesicht der westlichen Gesellschaft in wesentlichen Punkten grundlegend verändern können. Sie wirken wie ein Magnet, der Macht anzieht, soviel Macht, bis es eines Tages in der Demokratie niemand mehr gibt, der sich mit dieser anonymen Kräftekonzentration anlegen will. Kontrolle wird nicht mehr möglich sein, wenn die Manager der Großindustrie erst das Feld beherrschen. Dann ist es zu spät. Sie muß vorher einsetzen. Und dabei haben wir keinen Tag mehr zu verlieren. Schon sind wir alle in weitaus größerem Maße als der Staatsbürger auch nur zu ahnen vermag in den Händen der Experten. Sie bestimmen heute bereits stärker, als die meisten wissen.

Man kann nicht auf den Tag genau festlegen, wann sich die neue Funktionärschicht, der Chruschtschow in den Sattel verholten hat, als überaus aufnahmefähiges Becken für immer mehr Macht erwies. Die Entfaltung ihres Magnetismus vollzog sich unter der Oberfläche, kaum spürbar für die sowjetische Öffentlichkeit und noch weniger erkenntlich für die westlichen Beobachter. Auf einmal wurde ihr Machthunger zu einem eminent wichtigen innenpolitischen Faktor der Sowjetunion. Fast ist man versucht zu sagen, die ganze Entwicklung vollziehe sich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit. Es dürfte darum besser sein, wir treten rechtzeitig auf die Bremse, ehe bei uns Gleiches geschieht und die Demokratie Schaden nimmt. Gewiß, das ist leichter hingeschrieben als getan. Doch Politik, die nur dem Heute verhaftet ist, die das Morgen und Übermorgen in der Kalkulation nicht berücksichtigt, ist keine Politik. Die westlichen Regierungen dachten, wenn wir einmal von der Beweglichkeit in der Umstellung auf immer modernere und vernichtendere Waffen absehen wollen, bestenfalls an die nächsten Wahlen, kaum aber an das nächste Jahrzehnt. Die Kommunisten dagegen rechnen bereits mit der nächsten Generation. Wir müssen deshalb — und das ist eine Existenzfrage für uns — weitschauender werden und Politik auf lange Sicht betreiben, was eine der jeweiligen Situation angepaßte Flexibilität keineswegs ausschließt. Zu dieser planenden Vorausschau gehört es, der Expertokratie und dem Managerwesen jeder Schattierung die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn hier die Staatsführung versagt, dann muß die Gewerkschaftsbewegung den Anfang machen.

Die Demokratie braucht viele wackere Mitstreiter. Dieser bedarf es schon in ruhigen Zeitläufen, erst recht aber in jener bewegten weltpolitischen Phase, die wir mit dem Begriff des wirtschaftlich-technischen Wettstreits mit dem Kommunismus zu klassifizieren pflegen.

Eine Demokratie ohne Demokraten führt zu einem Niedergang wie seinerzeit in der Weimarer Republik. Darum brauchen wir nötiger als je den kenntnisreichen verantwortungserfüllten Staatsbürger, der die propagandistischen Traumgebilde sehr wohl von der politischen Wirklichkeit zu unterscheiden vermag und der mit dem Stimmzettel im gegebenen Fall die notwendige Korrektur vornimmt.